

FREIBERUFLER-TICKER vom 23. November 2018

1. Europäisches Semester 2019 eingeleitet

Die [Europäische Kommission](#) hat am 21. November 2018 die wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten der Europäischen Union für das folgende Jahr dargelegt und damit einhergehend das Europäische Semester 2019 eingeleitet. Im [Jahreswachstumsbericht 2019](#) fordert die EU-Kommission die Mitgliedstaaten auf, politische Maßnahmen für ein nachhaltiges Wachstum zu ergreifen. Die EU-Kommission betont, dass zwischen den Unternehmen, Regionen und Wirtschaftszweigen in der EU weiterhin beträchtliche Produktivitätsunterschiede bestehen. So könnten die meisten Dienstleistungsbranchen nicht mit dem Produktivitätswachstum im verarbeitenden Gewerbe und dem internationalen Wettbewerb Schritt halten. Die Mitgliedstaaten werden in diesem Zusammenhang aufgefordert, mehr Verantwortung für den Binnenmarkt zu übernehmen, um dessen ungenutztes Potenzial freizusetzen. Daher sollten sich die politischen Anstrengungen darauf konzentrieren, hochwertige Investitionen zu ermöglichen und Reformen zur Steigerung des Produktivitätswachstums und der Inklusivität anzugehen. Zudem gelte es, die makrofinanzielle Stabilität sowie solide öffentliche Finanzen zu gewährleisten. Weiterhin seien die Vertiefung des Binnenmarkts, die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie weitere Fortschritte der europäischen Säule sozialer Rechte von großer Bedeutung. Der Rat der EU ist nun aufgefordert, die vorgelegten Leitlinien zu billigen.

2. OECD-Wirtschaftsausblick: Wachstum flacht ab

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am 21. November 2018 ihren halbjährlichen [Wirtschaftsausblick](#) vorgestellt; inklusive einer [Länderanalyse](#) für Deutschland. Die Freien Berufe werden darin nicht angesprochen. Den OECD-Projektionen zufolge wird sich das Wirtschaftswachstum verlangsamen, soll aber unter dem Einfluss eines kräftigen Beschäftigungszuwachses und fiskalischer Impulse solide bleiben. Für dieses und das kommende Jahr rechnet die OECD damit, dass das Bruttoinlandsprodukt um 1,6 Prozent ansteigt. Die OECD empfiehlt unter anderem, den attestierten fiskalischen Spielraum zu nutzen, um die Ausgaben für Bildung, Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetze und eine emissionsarme Verkehrsinfrastruktur zu steigern. Zudem empfehlen die Autoren, lebenslanges Lernen zu fördern.

3. UNESCO-Weltbildungsbericht: In Deutschland fehlen Lehrer

Am 20. November 2018 ist im Auswärtigen Amt in Berlin der Weltbildungsbericht mit dem Titel [„Migration, Flucht und Bildung: Brücken bauen statt Mauern“](#) der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) vorgestellt worden. Danach haben geflüchtete Kinder und Jugendliche in den letzten zwei Jahren insgesamt 1,5 Milliarden Schultage verpasst. Das Autorenteam des Berichts, zu dem auch eine deutschsprachige [Kurzfassung](#) vorliegt, lobt Deutschland für vielfältige Maßnahmen bei der Integration von Geflüchteten und Migranten. So sei das Anerkennungsgesetz im weltweiten Vergleich richtungsweisend: Die Anerkennung eines Abschlusses erhöhe die Wahrscheinlichkeit einer Beschäftigung von Zugewanderten um 45 Prozent und den Stundenlohn um 40 Prozent. Zudem fördere die Bundesrepublik die sprachliche Bildung in Kitas im internationalen Vergleich überdurchschnittlich. Hervorgehoben wird zudem der Einsatz vieler Freiwilliger, die Geflüchtete und Zugewanderte unterstützen. Hingegen gebe es Verbesserungsbedarf bei der Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungssystem. So fehlten zusätzlich 24.000 Lehrkräfte und 18.000 pädagogische Fachkräfte.

4. Unterrichtung der Bundesregierung zur Digitalisierungs-Strategie

Die Bundesregierung hat die Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ ([19/5810](#)) vorgelegt. Darüber hat der Deutsche Bundestag am 22. November 2108 [informiert](#). In der Unterrichtung beschreibt die Bundesregierung, welche Schwerpunktvorhaben die Bundesministerien identifiziert haben, um digitalpolitische Maßnahmen strategisch umzusetzen. So besteht die Strategie aus den fünf Handlungsfeldern Digitale Kompetenz, Infrastruktur und Ausstattung, Innovation und digitale Transformation, Gesellschaft im digitalen Wandel sowie Moderner Staat. Ziel sei es, die Strategie kontinuierlich weiterzuentwickeln, weshalb unter [www.digital-made-in.de](#) das Erreichen der Ziele gemessen und veröffentlicht werde. Das Thema Sicherheit sei dabei bewusst kein eigenes Handlungsfeld, da Sicherheit eine grundlegende Voraussetzung für nachhaltige und erfolgreiche Digitalisierung sei, so die Bundesregierung.

5. Betriebe mit hohem Digitalisierungsgrad investieren mehr in Weiterbildung

Das zeigt eine [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, die am 20. November 2018 veröffentlicht worden ist. Aus Sicht der befragten Betriebe spielt neben der Weiterbildung mittels moderner Lernformen wie dem E-Learning und digitaler Medien auch eine solide Erstausbildung nach wie vor eine zentrale Rolle. Eine weitere Erkenntnis: Betriebe mit hohem Digitalisierungsgrad bilden heute vermehrt in anderen Berufen aus als noch vor einigen Jahren. Zudem legen sie bei der Ausbildung nicht nur mehr Wert auf die Vermittlung modernster IT-Kenntnisse, sondern auch auf die Förderung überfachlicher Fähigkeiten wie beispielsweise Selbstmanagement.

6. Weiterbildung zu Digitalthemen boomt

Fast zwei Drittel oder 63 Prozent aller Unternehmen bilden ihre Mitarbeiter zu Digitalthemen weiter. Das hat eine gemeinsame [Studie](#) des TÜV-Verbands und des Digitalverbands Bitkom ergeben, für die Unternehmen ab zehn Mitarbeitern in Deutschland befragt und deren Ergebnisse am 19. November 2018 vorgestellt worden sind. Zum Vergleich: Vor zwei Jahren haben 36 Prozent der Unternehmen ihren Mitarbeitern Fortbildungen angeboten, damit sie digitale Kompetenzen erwerben und vertiefen können. Vier von fünf Befragten sind der Meinung, dass digitale Kompetenzen genauso wichtig werden wie fachliche oder soziale Kompetenzen. Weitere 18 Prozent halten digitale Kompetenzen in Zukunft sogar für die wichtigste Fähigkeit von Arbeitnehmern.

7. Bund und Länder wollen Fachhochschulen weiter stärken

Die Beteiligten haben sich Ende vergangener Woche in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) auf vier [Bund-Länder-Vereinbarungen](#) geeinigt. Ziel der Vereinbarungen ist es, das Wissenschaftssystem auf die Digitalisierung vorzubereiten sowie die angewandte Forschung und die praxisnahe akademische Ausbildung an Fachhochschulen zu stärken. Die Wissenschaftsminister haben sich darauf geeinigt, ihre gemeinsame Förderung der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen um fünf Jahre zu verlängern. Darüber hinaus ist ein Programm zur Gewinnung und Entwicklung von professoralem Personal an Fachhochschulen beschlossen worden. Ein weiteres Vorhaben ist der Aufbau und die gemeinsame Förderung einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI). Darüber hinaus wollen Bund und Länder gemeinsam eine Infrastruktur „Nationales Hochleistungsrechnen“ errichten und fördern.

8. Erwerbstätige im Durchschnitt 44 Jahre alt

Im Jahr 2017 sind Erwerbstätige in Deutschland im Durchschnitt rund 44 Jahre alt gewesen. Das sind etwa vier Jahre mehr als noch 20 Jahre zuvor. Das Durchschnittsalter von berufstätigen Frauen und Männern ist im Jahr 2017 nahezu identisch gewesen. Wie das Statistische Bundesamt anhand von Ergebnissen aus dem Mikrozensus am 19. November 2018 weiter [mitgeteilt](#) hat, hat es Unterschiede zwischen Selbstständigen und Arbeitnehmern sowie zwischen einzelnen Berufen gegeben. Mit durchschnittlich 50 Jahren sind Selbstständige im Jahr 2017 deutlich älter gewesen als Arbeitnehmer mit 43 Jahren. Auch hier ist ein Anstieg zu verzeichnen: Vor 20 Jahren sind Arbeitnehmer im Schnitt 39 und Selbstständige 46 Jahre alt gewesen. In den verschiedenen Berufsgruppen variiert das Durchschnittsalter von 31 Jahren in Berufen in der Mechatronik und Automatisierungstechnik bis 53 Jahren bei Angehörigen gesetzgebender Körperschaften, Interessenorganisationen wie zum Beispiel Abgeordnete oder Betriebsräte. Ärzte und Zahnärzte liegen mit 48 Jahren und Psychologen mit 47 Jahren über dem Durchschnitt.

9. Ergebnisse der fünften Welle der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsprojektionen

Wie das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) am 21. November 2018 [mitgeteilt](#) hat, wird sich die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2035 auf einem historisch niedrigen Niveau von 1,1 Millionen Personen stabilisieren. Darüber hinaus soll die demografische Veränderung nicht nur für eine stärkere Binnennachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sorgen, sondern auch die Struktur der Erwerbstätigen nach Berufen verändern. Dem Bericht nach werden im Jahr 2035 die meisten Erwerbstätigen im Gesundheitssektor beschäftigt sein. Gleichzeitig ergeben sich in den medizinischen Gesundheitsberufen absolut betrachtet die höchsten Engpässe. Dies sind die Ergebnisse der fünften Welle der Qualifikations- und Berufsprojektionen, die unter der gemeinsamen Leitung des BIBB und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung durchgeführt worden sind.